



Lüdenscheid

Bündnis

sozial gerechte Stadt



UM fair TEILEN

Reichtum besteuern

lokal eintreten für mehr soziale Gerechtigkeit



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dzewas,
sehr geehrter Damen und Herren Fraktionsvorsitzenden,
sehr geehrter Damen und Herren des Rats der Stadt Lüdenscheid,

das „Bündnis sozial gerechte Stadt Lüdenscheid“ hat sich im November vergangenen Jahres konstituiert und wird mittlerweile von neun Lüdenscheider Organisationen und Institutionen getragen. Unser Grundanliegen ist es, die soziale Situation in unserer Stadt zu beleuchten und zu einer sozial gerechteren Lage unseren Beitrag zu leisten. Ein Anliegen, das ja auch Ihnen als Vertreter/in der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt am Herzen liegt. Allerdings hat über Jahre die gängige Politik des Bundes und zwischenzeitlich insbesondere die Finanz- und Wirtschaftskrise dazu geführt, dass den Kommunen erheblicher Handlungsspielraum genommen wurde. Dies hat gravierende Folgen auf die Leistungsfähigkeit der Städte und Kreise. Freiwillige Angebote im **Bildungs- und Kulturbereich** müssen teurer werden (VHS, Musikschule, Kulturhaus). **Zuschüsse für Vereine und Verbände** müssen reduziert oder gar gestrichen werden. Und aktuell steht die Erhöhung der Parkgebühren auf der Tagesordnung. Die infrastrukturelle Versorgung wie die Sanierung zum Teil **maroder Straßen und Gebäude** verzögert sich und muss auf das Nötigste, wenn überhaupt, reduziert werden. Dem gegenüber steht die stets zunehmende Last zu erbringender Pflichtaufgaben. De facto werden **demokratische Entscheidungsstrukturen** damit ausgehebelt und somit Demokratie auf kommunaler Ebene abgeschafft.

Um die finanzielle Gesamtsituation in unserem Staat und damit auch für die Menschen vor Ort zu entschärfen, ist es unseres Erachtens dringend erforderlich, das Missverhältnis der Verteilung von Reichtum und Vermögen gegenüber hoher privater und kommunaler Verschuldung auszugleichen. Daher unterstützen wir die Forderung nach der Wiedereinführung einer Vermögensteuer und der begrenzten Erhebung einer Vermögensabgabe. Nachdruck verleiht dieser Forderung die bundesweite Initiative „**Vermögensteuer jetzt!**“ (<http://www.vermoegensteuerjetzt.de/>) Bereits **45 Städte** in der Bundesrepublik sind dieser Initiative per Ratsbeschluss beigetreten und haben sich damit entschieden, aus ureigenen Interessen die Forderung nach einer Vermögensteuer vehement zu unterstützen. Dazu zählen Großstädte, wie München Köln und Leipzig aber auch Bochum und Oberhausen. Auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft haben die Städte Hagen und Iserlohn einen solchen Beschluss gefasst.

Wir als Bündnis sozial gerechte Stadt Lüdenscheid wünschen uns, dass auch unsere Heimatstadt sich diesem deutlichen Signal an den Bund anschließt und einen entsprechenden Beschluss fasst. Und wir stehen damit nicht alleine. Im Zuge mehrerer Aktionen haben mehrere Hundert Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider dieses Anliegen mit ihrer Unterschrift unterstützt. (<http://www.aufbruch-luedenscheid.de/unterschrift.php>) Daher bitten wir Sie, den erforderlichen Antrag möglichst **gemeinschaftlich, interfraktionell in die nächste Ratssitzung einzubringen und zu beschließen**. Einen dahingehenden Antragsentwurf senden wir Ihnen mit diesem Schreiben.

In der Hoffnung auf Ihre Zustimmung verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Bernd Benschmidt Martin Sander

Bündnis sozial gerechte Stadt Lüdenscheid

c/o ver.di Südwestfalen

Kölner Straße 152

58509 Lüdenscheid

www.aufbruch-luedenscheid.de

Mail: info@aufbruch-luedenscheid.de

Antrag an den Rat der Stadt Lüdenscheid

1. Der Rat der Stadt Lüdenscheid spricht sich eindringlich für die Einführung einer Vermögenssteuer aus und tritt öffentlichkeitswirksam dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ bei.
2. Der Bürgermeister und der Rat werden aufgefordert sich entsprechend gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen.

Begründung:

Eine zentrale Aufgabe der Kommune ist es dafür Sorge zu tragen, dass durch die eigenen Mittel alle relevanten Aufgaben zur Sicherung der Daseinsversorgung und –vorsorge geleistet werden können.

In den vergangenen Jahren wurde dies für die Kommunen immer schwieriger, da die kommunalen Finanzmittel nicht mehr ausreichen. Die Steuersenkungspolitik der vergangenen Bundesregierungen hat entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte dramatisch verschlechtert hat. Privater Reichtum und öffentliche Armut bedingen einander.

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer kann einen wichtigen Beitrag zur Lösung dieser Finanzprobleme leisten.

Dazu hat sich ein breites Bündnis gegründet. Von Heiner Geißler, Sigmar Gabriel, Sven Giegold bis zu Wissenschaftlern wie Prof. Dr. Rudolf Hickel und Prof. Dr. Friedrich Hengsbach sowie namhaften Gewerkschaftsvertretern wird die Initiative „Vermögenssteuer jetzt“ breit unterstützt.

Die Stadt Lüdenscheid kann durch den Beitritt zu dieser Initiative ein wichtiges öffentlichkeitswirksames Zeichen setzen und den Zusammenhang zwischen der bedrückenden Lage der Kommunalfinanzen einerseits und der unzureichenden Besteuerung andererseits verdeutlichen.